Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

NEUES DEUTSCHLAND

ORGAN DES ZENTRALKOMITEES DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS

Sonnabend/Sonntag, 11./12. November 1989
44. Jahrgang / Nr. 266

B-Ausgabe
Einzelpreis 15 Pf

Redaktion und Verlag: Franz-Mehring-Platz 1, Berlin, 1017, Telefon: 5 83 10 (Sammelnummer). Abonnementspreis monatlich 3,50 Mark. ISSN 0323–4940

Kommuniqué der 10. Tagung des Zentralkomitees der SED

Berlin (ADN). Zum Abschluß der 10. Tagung des Zentralkomitees der SED wurde folgendes Kommuniqué bestätigt:

Vom 8. bis 10. November 1989 fand in Berlin die 10. Tagung des ZK der SED statt. Zu Beginn der Tagung erklärte der Generalsekretär des ZK der SED, Genosse Egon Krenz, den Rücktritt des bisherigen Politbüros, das für die entstandene Lage die volle Verantwortung übernommen hat. Dieser Vorschlag wurde vom Zentralkomitee einstimmig angenommen.

Mit der anschließenden Wahl wurden ein neues Politbüro und Sekretariat des ZK in Einzelabstimmung zu den vorgeschlagenen Kandidaten gewählt.

Im Verlauf der Diskussion während der 10. Tagung des ZK wurden Entscheidungen von Bezirksleitungen der SED und Einwände zu einigen neu gewählten Mitgliedern und Kandidaten des Politbüros bekannt, die zu dem Vorschlag führten, die Genossen Hans-Joachim Böhme, Johannes Chemnitzer, Werner Walde und die Genossin Inge Lange von ihren Funktionen zu entbinden.

Das ZK bestätigte Genossen Egon Krenz in seiner Funktion als Generalsekretär des ZK.

Dem Politbüro des ZK der SED gehören auf Beschluß der 10. Tagung des ZK als Mitglieder weiter die Genossen Werner Eberlein, Wolfgang Herger, Werner Jarowinsky, Heinz Keßler, Siegfried Lorenz, Hans Modrow, Wolfgang Rauchfuß, Günter Schabowski und Gerhard Schürer an.

Zu Kandidaten des Politbüros wurden die Genossin Margarete Müller und die Genossen Günter Sieber und Hans-Joachim Willerding gewählt.

Zu Sekretären wählte das Zentralkomitee die Genossen Wolfgang Herger, Siegfried Lorenz, Wolfgang Rauchfuß, Günter Schabowski, Helmut Semmelmann, Günter Sieber und Hans-Joachim Willerding.

Genossen Klaus Höpcke wählte das ZK zum Vorsitzenden der Kulturkommission beim Politbüro und Genossen Prof. Dr. Gregor Schirmer zum Vorsitzenden der Kommission Wissenschaft und Bildung beim Politbüro. Beide Genossen nehmen an den Sitzungen des Politbüros und des Sekretariats des ZK als ständige Gäste teil.

Das ZK beschloß, der SED-Fraktion in der Volkskammer zu empfehlen, Genossen Hans Modrow bei der Neubildung der Regierung für die Wahl zum Vorsitzenden des Ministerrates der DDR vorzuschlagen.

Genosse Günter Mittag wurde entsprechend dem Statut der Partei wegen gröblichster Verstöße gegen die innerparteiliche Demokratie, gegen die Partei- und Staatsdisziplin sowie Schädigung des Ansehens der Partei aus dem ZK ausgeschlossen. Ebenso wurde Genosse Joachim Herrmann aus dem Zentralkomitee ausgeschlossen.

Das ZK beauftragte die ZPKK, das Verhalten und die Fehlleistungen des Genossen Günter Mittag zu untersuchen und gegen weitere Genossen, die gegen das Statut der Partei verstoßen haben, entsprechende Maßnahmen einzuleiten.

Das ZK beauftragte das Politbüro, eine Kommission zu bilden, die die Ursachen und die persönlichen Verantwortlichkeiten für die gegenwärtige ökonomische Situation in der DDR untersucht.

In einem Referat formulierte Genosse Egon Krenz die Aufgaben der Partei im Prozeß der Erneuerung der Partei und des Sozialismus in der DDR. Er analysierte die Ursachen, die zur gegenwärtigen politischen Krise in der DDR führten, und begründete Garantien dafür, daß Fehlentwicklungen wie in der Vergangenheit ein für allemal ausgeschlossen werden.

Genosse Krenz begründete den Entwurf eines Aktionsprogramms der SED, das dem Zentralkomitee zur Diskussion und Beschlußfassung unterbreitet wurde.

Das Zentralkomitee wählte eine Redaktionskommission, die auf der Grundlage des Referates des Genossen Egon Krenz und der vielen Hinweise und Vorschläge von Mitgliedern des Zentralkomitees sowie der Wortmeldungen Tausender Genossen und parteiloser Bürger des Landes an das ZK den Entwurf fertigstellte, der vom ZK bestätigt wurde.

Das Referat und das Aktionsprogramm gelten als Grundlage für die Vorbereitung der 4. Parteikonferenz, die zum 15. bis 17. Dezember 1989 nach Berlin einberufen wurde.

In Verbindung damit berief das ZK Arbeitsgruppen aus Mitgliedern des ZK und weitere Genossen für die Ausarbeitung von Analysen und Vorschlägen zur Vorbereitung der 4. Parteikonferenz und des XII. Parteitages.

In der Diskussion ergriffen 25 Genossinnen und Genossen das Wort. Weitere 68 Diskussionsmeldungen lagen vor. Alle Namen der Genossen, die sich zur Diskussion gemeldet haben, werden in der Presse veröffentlicht.

Die Beiträge werden in einer Broschüre veröffentlicht.

Das ZK sprach allen Mitgliedern der Partei und parteilosen Bürgern für die zahlreichen Briefe und Eingaben, die in diesen Tagen das ZK erreichten und mit denen die Sorge um das weitere Gedeihen des Sozialismus in der DDR und die Bereitschaft zur aktiven Mitarbeit zum Ausdruck gebracht wurden, den Dank aus.

Diskussionsreden Seiten 5 bis 12

150 000 Genossen bei Kundgebung in Berlin

Rund 150 000 Mitglieder und Kandidaten der Partei versammelten sich am Freitagabend wenige Stunden nach Abschluß der 10. Tagung des ZK der SED im Berliner Lustgarten. Nach der Eröffnung durch den 1. Sekretär der Bezirksleitung, Politbüromitglied Günter Schabowski, ergriffen Arbeiter, Wissenschaftler, Künstler, Veteranen des antifaschistischen Widerstandes und Generalsekretär Egon Krenz das Wort (Ausführlich Seite 3) Foto: ND/Schmidtke

Innenminister Friedrich Dickel zu den neuen Reiseregelungen

Kurzfristige Entscheidungen der Volkspolizei über Visaanträge
Keine zeitlich befristete, sondern eine Maßnahme von Dauer
Zusätzliche Grenzübergangsstellen nach Berlin (West) eingeplant
Erleichterungen für die Einreise in das Grenzgebiet vorgesehen

Berlin (ADN). DDR-Innenminister Friedrich Dickel erklärte am Freitag im DDR-Fernsehen:

Liebe Bürgerinnen und Bürger!

Vertrauensvoll wende ich mich in dieser Stunde an Sie in einer Frage, die uns alle bewegt und uns alle angeht. Wie Sie über die Medien unseres Landes informiert sind, hat der amtierende Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik am Donnerstag mit sofortiger Wirkung neue Regelungen für Privatreisen und ständige Ausreisen von Bürgern der DDR ins Ausland beschlossen. Die Regierung entsprach damit zahlreichen Anträgen, Vorschlägen und Kritiken von Bürgern, Organisationen und Institutionen, wie sie in der derzeitigen öffentlichen Aussprache zum Reisegesetzentwurf unterbreitet wurden.

Die neuen Regelungen sehen vor, daß ab sofort alle Volkspolizei-Kreisämter in der Deutschen Demokratischen Republik Anträge auf Privatreisen nach dem Ausland, insbesondere in die BRD und nach Westberlin, entgegennehmen und kurzfristig entscheiden. Die Bemühungen sind darauf gerichtet, daß eine Entscheidung möglichst noch am selben Tag erfolgt. Gleiches gilt für ständige Ausreisen. Das Visum für Privatreisen wird in den Paß oder, sofern die Bürger noch nicht über einen solchen verfügen und die Reise sofort erfolgen soll, in den Personalausweis eingetragen.

Ich möchte in diesem Zusammenhang sagen, daß es sich bei dieser Regelung nicht um eine zeitlich befristete Maßnahme handelt. Sie ist von Dauer und wird zu den Grundlagen des neuen Reisegesetzes gehören. Die Bürger unseres Landes können sich voll darauf verlassen und brauchen keine übereilten Entschlüsse zu treffen. Die Bearbeitung und schnelle Entscheidung von Reiseanträgen erfolgt in den Dienststellen des Paß- und Meldewesens, die an jedem Tag, auch an diesem Wochenende, für die Bürger geöffnet sind.

Ich bitte Sie um Verständnis, daß es im Interesse einer zügigen und ordnungsgemäßen Bearbeitung von Reise- und Ausreisewünschen liegt, wenn sie zu dem Zeitpunkt erfolgen, zu dem dies der Bürger beabsichtigt. Jede übereilte Antragstellung, ausgenommen natürlich in dringenden Fällen, bringt Erschwernisse für Sie selbst mit sich und beeinträchtigt den reibungslosen Arbeitsablauf.

Ich darf Sie in diesem Zusammenhang weiter darüber informieren, daß wir in Verhandlungen mit dem Senat von Berlin (West) stehen, um kurzfristig neue zusätzliche Grenzübergangsstellen in der Hauptstadt der DDR zu Berlin (West) zu eröffnen. Gedacht ist dabei unter anderem an die Straßenübergänge Eberswalder Straße, Potsdamer Platz, Glienicker Brücke, Falkenseer Chaussee. Gleichzeitig wird die Öffnung neuer U-Bahnhöfe in Betracht gezogen, zum Beispiel am U-Bahnhof Jannowitzbrücke. Zur Anbindung an den Westberliner Nahverkehr sollen folgende Busanschlüsse geschaffen werden: vom S-Bahnhof Wannsee nach Potsdam-Bassinplatz, vom U-Bahnhof Rudow zum S-Bahnhof Berlin-Schönefeld, vom U-Bahnhof Tegel nach Hennigsdorf, vom U-Bahnhof Rathaus Spandau nach Nauen, den Bus 65 über Übergang Sonnenallee bis S-Bahnhof Baumschulenweg.

Liebe Bürgerinnen und Bürger!

Die Regierung der DDR steht zu ihrem Wort. Sie ist ernsthaft bemüht und fest entschlossen, unseren Bürgern Bedingungen im Reiseverkehr zu schaffen, die ihren Interessen und Wünschen entsprechen. Dem dienen auch die neuen Reiseregelungen. Es sollte unser gemeinsames Anliegen sein, sie so zu handhaben und zu nutzen, daß den Anträgen der Bürger schnell und unbürokratisch Rechnung getragen und zugleich die Sicherheit an unseren Grenzen gewahrt wird. Dazu gehören auch weitergehende Schritte zur Vereinfachung des Grenzregimes an der Staatsgrenze zur BRD, die wir auf der Grundlage des Aktionsprogramms der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und unter Berücksichtigung vieler Vorschläge und Anregungen der Bürger gegenwärtig vorbereiten. Sie sehen unter anderem vor, die Tiefe des Grenzgebietes drastisch zu verringern und Städte, Gemeinden, Ortschaften, Betriebe und Einrichtungen weitestgehend aus dem bisherigen Grenzgebiet herauszunehmen. Das wird auch für die dort lebenden Bürger große Erleichterungen bringen und Belastungen für die Volkswirtschaft abbauen helfen. Diese Veränderungen werden noch im Dezember dieses Jahres wirksam. Ich darf sagen, daß ab sofort die Dienststellen der Deutschen Volkspolizei angewiesen sind, die Einreise in das Grenzgebiet und den Aufenthalt unbürokratisch, schnell und großzügig zu gestalten. Wir beabsichtigen auch, mit der Regierung der BRD die Eröffnung zusätzlicher Grenzübergangsstellen an der Staatsgrenze zur Bundesrepublik zu vereinbaren.

Liebe Bürgerinnen und Bürger, unsere Regierung vertraut darauf, daß Sie durch besonnenes und verantwortungsbewußtes Verhalten mit dazu beitragen, daß der grenzüberschreitende Reiseverkehr auf der Grundlage der neuen Regelungen geordnet verläuft, der derzeitige große Andrang bewältigt wird und normale Verhältnisse an den Grenzübergangsstellen eintreten.

Viel Verkehr an Grenzpunkten

Ob per pedes oder mit dem „Trabbi" – dichter Verkehr herrschte am Übergang Invalidenstraße in Berlin (Siehe auch Seite 16) Foto: ND/Grahn

Schritte zur Erneuerung Aktionsprogramm der SED

Die Deutsche Demokratische Republik ist im Aufbruch. Eine revolutionäre Volksbewegung hat einen Prozeß gravierender Umwälzungen in Gang gesetzt. Die Erneuerung des Sozialismus steht auf der Tagesordnung.

Es bedurfte der friedlichen Massenproteste der Bevölkerung, der Willensbekundungen vieler politischer Organisationen, des konstruktiven Wirkens kirchlicher Kreise und des wachsenden Drucks der Basis unserer eigenen Partei sowie eines Lernprozesses in der Parteiführung, um die erstarrten politischen Strukturen aufzubrechen und erste Schritte einer Wende einzuleiten.

Die 10. Tagung des Zentralkomitees hat sich kritisch und selbstkritisch mit seiner eigenen Arbeit, mit der Lage in der Partei und im Lande befaßt. Sie hat festgestellt, daß ernste Fehler des abgelösten Generalsekretärs und des abgelösten Politbüros Partei und Republik in eine tiefe Krise geführt haben. Das Ansehen der Partei bei Millionen Werktätigen wurde geschädigt.

Um ihrer hohen Verantwortung in der sozialistischen Gesellschaft voll gerecht zu werden, muß die marxistisch-leninistische Partei der Arbeiterklasse, die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, das Vertrauen in die eigene Kraft wiedergewinnen und die Fähigkeit entwickeln, eine Konzeption für einen modernen Sozialismus zu erarbeiten. Radikale Reformen sind dafür unerläßlich. Sie müssen den Arbeitern, den Bauern, den Geistesschaffenden und allen anderen Werktätigen dienen. Das Ziel ist, dem Sozialismus in der DDR mit mehr Demokratie neue Dynamik zu verleihen.

Das in den 40 Jahren Arbeiter-und-Bauern-Macht auf deutschem Boden Erreichte, wofür die Antifaschisten, die Veteranen der Arbeit, alle Bürger unseres Landes, ihre ganze Kraft eingebracht haben, bildet den Ausgangspunkt für die Erneuerung.

Voraussetzung und Garantien für den weiteren Ausbau der sozialistischen Gesellschaft ist die Macht der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten, unsere Partei im gleichberechtigten Bündnis mit allen demokratischen Kräften unseres Landes, das gesellschaftliche Eigentum an Produktionsmitteln sowie die Planung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung. Garant auch für den neuen sozialistischen Aufbruch ist das unzerstörbare Bündnis mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Bruderländern. Lebensnotwendig ist unsere Freundschaft mit der Sowjetunion und der ganzen sozialistischen Welt. Unverzichtbar ist die internationalistische Solidarität mit den friedliebenden und fortschrittlichen Kräften aller Kontinente. Die Deutsche Demokratische Republik bleibt ein zuverlässiger Faktor des Friedens, des Dialogs, der Abrüstung, der internationalen Sicherheit und Zusammenarbeit.

Für eine Reform des politischen Systems

Wir schlagen vor, die Volkskammerwahlen auf der Grundlage einer neuen Wahlgesetzgebung durchzuführen.

Wir sind für ein Wahlrecht, das eine freie, allgemeine, demokratische und geheime Wahl gewährleistet und in jedem Stadium der Wahl die öffentliche Kontrolle garantiert.

Wir setzen uns dafür ein, daß Volkskammer und örtliche Volksvertretungen ohne Bevormundung ihre verfassungsmäßigen Rechte und Pflichten als souveräne Machtorgane, die dem Volke verantwortlich sind, uneingeschränkt wahrnehmen.

Wir sind für eine demokratische Koalitionsregierung.

Die SED tritt für eine kommunale Selbstverwaltung der Städte und Gemeinden ein, die sich auf kommunales Eigentum und garantierte Verfügungsrechte über materielle und finanzielle Fonds stützt.

Die SED will ihren Beitrag einbringen in eine breite Bewegung, die alle gesellschaftlichen Kräfte auf gleichberechtigter Grundlage zum Dialog und zur Mitverantwortung bei der Gestaltung eines modernen, erneuerten Sozialismus vereinigt. Wir befürworten das Wirken neuer politischer Vereinigungen auf dem Boden der Verfassung und suchen einen Konsens mit ihnen. Wir sind für vertrauensvolle Beziehungen zwischen Staat, Kirche und Religionsgemeinschaften.

Für den sozialistischen Rechtsstaat

Es geht um einen sozialistischen Rechtsstaat, der von den Grund- und Menschenrechten ausgeht und die Gesellschaft durchgehend auf der Grundlage des Rechts organisiert. Recht und Gesetz sind das Maß des politischen Handelns der SED.

Das Zentralkomitee schlägt die Einrichtung eines Verfassungsgerichtshofes vor, der über die Einhaltung der Verfassung wacht.

Das Zentralkomitee hält folgende neue Gesetze für dringlich:

– ein Gesetz über die Vereinigungsfreiheit

– ein Gesetz über die Versammlungsfreiheit

– ein Wahlgesetz

– ein Mediengesetz

– eine Veränderung des Strafrechts.

Besonderes Gewicht erhalten die strikte Wahrung der Unabhängigkeit des Richters, umfassende Wirkungsmöglichkeiten für Rechtsanwälte und die durchgreifende Gesetzlichkeitsaufsicht des Staatsanwalts.

Das Zentralkomitee hält eine Verwaltungsreform für unumgänglich.

Die SED wird innerhalb der Partei alle Sonderregelungen und Vergünstigungen, die nicht durch Leistungen gerechtfertigt werden, sofort außer Kraft setzen. Sie schlägt der Regierung vor, in gleicher Weise zu verfahren. Der Volkskammer wird empfohlen, eine Kommission zur Überprüfung einzusetzen, um die Verwirklichung dieser Zielstellung zu kontrollieren. Über die Arbeit dieser Kommission muß öffentlich informiert werden.

Rechtsstaatlichkeit gebietet, die Bürger und ihr Eigentum zu schützen, gegen Rechtsbrecher und Gewalttäter einzuschreiten, neofaschistische Erscheinungen konsequent zu ahnden, Spekulation und Wirtschaftskriminalität zu unterbinden.

In der Arbeit der Schutz- und Sicherheitsorgane ist Transparenz erforderlich. Von uns wird vorgeschlagen, daß alle mit der öffentlichen Ordnung und staatlichen Sicherheit zusammenhängenden Fragen in einem neuen Gesetz geregelt werden. Ein Volkskammerausschuß sollte die Kontrolle über die Tätigkeit der Schutz- und Sicherheitsorgane ausüben.

Für den Schutz der Deutschen Demokratischen Republik

Die DDR muß verteidigungsfähig sein und Streitkräfte unterhalten, um ihren Bündnisverpflichtungen im Warschauer Vertrag und ihrer friedenspolitischen Verantwortung gerecht zu werden.

Das Zentralkomitee schlägt vor, die Militärdoktrin der DDR nach öffentlicher Diskussion in der Volkskammer zu beraten und zu beschließen. Wir treten ein für radikale Abrüstung. Wenn die Verhandlungen in Wien zu Ergebnissen führen, sehen wir die Möglichkeit, die Personalstärke der Nationalen Volksarmee weiter zu reduzieren und die Verteidigungsausgaben erneut zu senken. Das Zentralkomitee tritt dafür ein, einen Zivildienst einzuführen, der an Stelle des Wehrdienstes geleistet werden kann. Die Regelungen über die Grenzgebiete sind zu überprüfen.

Für umfassende Information und Medienfreiheit

Das Zentralkomitee spricht sich für einen tiefgreifenden Wandel in der Informations- und Medienpolitik aus.

Offenheit und Sachkunde, umfassende und wahrhaftige Information, kritische Untersuchung und konstruktive Erfahrungen braucht die sozialistische Gesellschaft. Zwischen der Realität und ihrer Widerspiegelung darf es keinen Gegensatz geben.

(Fortsetzung auf Seite 2)

Schritte zur Erneuerung Aktionsprogramm der SED

(Fortsetzung von Seite 1)

Freie Medien sind unerläßlich für die sozialistische Demokratie. Der ständige Dialog findet hier eines seiner wichtigsten Ausdrucksmittel. Die Medien sollen mit Kompetenz und Verantwortungsbewußtsein gegenüber der Gesellschaft die Interessen- und Meinungsvielfalt artikulieren und die Verständigung über sozialistische Lösungen befördern.

Parteien und Organisationen, Regierung und örtliche Staatsorgane, Betriebe, Genossenschaften und andere Institutionen sind zur Information gegenüber der Öffentlichkeit verpflichtet. Medien sollen Organe der öffentlichen Kontrolle sein.

Für eine umfassende Wirtschaftsreform

Die Lage und die Perspektive des Sozialismus erfordern eine grundsätzliche Änderung der Wirtschaftspolitik, verbunden mit einer umfassenden Wirtschaftsreform. Sie sollte gerichtet sein auf die ständig bessere Befriedigung der tatsächlichen Bedürfnisse der Bevölkerung, der Volkswirtschaft und der ganzen Gesellschaft. Ihr Erfolg kann nicht an formalen Kennziffern und geschönten Zuwachsraten gemessen werden. Im Interesse der Lebensqualität in unserem Lande zielt sie darauf ab, das Tempo der wissenschaftlich-technischen Erneuerung, der Steigerung von Arbeitsproduktivität und Effektivität in den 90er Jahren erheblich zu beschleunigen. Was wir uns für die Zukunft vornehmen, muß mit den wirtschaftlichen Möglichkeiten des Landes übereinstimmen. Es geht um Ausgewogenheit von wirtschaftlicher und sozialer Leistung. Mit der Wirtschaftsreform sind die Bedingungen zu schaffen, daß sich das Verhältnis der Arbeiterklasse und aller Werktätigen zum sozialistischen Eigentum enger gestalten kann. Es geht um eine an den Marktbedingungen orientierte sozialistische Planwirtschaft, die allen am Wirtschaftsprozeß Beteiligten Anreize für ökonomische Initiativen und hohe Leistungen bietet.

Das Zentralkomitee ist der Meinung, daß die von der Volkskammer neu zu bildende Regierung Vorschläge für eine Wirtschaftsreform ausarbeiten und öffentlich zur Diskussion stellen sollte.

Wir sind uns bewußt, wie tief eine Wirtschaftsreform in das Leben unserer ganzen Gesellschaft eingreift. Sie wird in Etappen erfolgen und ist kein einmaliger Akt. Die komplizierte Aufgabe besteht darin, während der Veränderungen das Funktionieren des Wirtschaftsmechanismus in keiner Phase zu gefährden. Das Konzept der Reform, aber auch jeder Schritt ihrer Verwirklichung muß deshalb gründlich bedacht sein und bedarf öffentlicher Beratung und Kritik.

Das Zentralkomitee unterstreicht die hohe Bedeutung der allseitigen vertragsgerechten Erfüllung des Planes 1989 für das Leben in unserem Lande.

Damit werden zugleich die Ausgangspositionen für die weitere wirtschaftliche Entwicklung gesetzt.

Für einen realen Plan 1990, der auf hohe Leistungen orientiert

Das Zentralkomitee hält es für dringend geboten, daß noch in diesem Monat von der Regierung Entscheidungen herbeigeführt werden, damit in den Kombinaten, Betrieben, Genossenschaften und Einrichtungen ein weitgehend bilanzierter, realer Plan 1990 übergeben werden kann. Dieser Plan muß auf die Stabilisierung unserer Wirtschaft gerichtet sein.

– In ihm sollte der Produktion von Konsumgütern und Ersatzteilen Vorrang eingeräumt werden. Es geht vor allem um eine spürbare Erhöhung der Produktion von modischen Erzeugnissen, hochwertigen technischen Produkten sowie weiteren Waren, die besonders gefragt sind. Verstärkt sind veredelte Lebensmittel und Nahrungsgüter zu produzieren und anzubieten. Zu verbessern sind die materiell-technischen Bedingungen für die Versorgung mit Fleisch, Backwaren, Bier und alkoholfreien Getränken.

– Zu erhöhen ist die Produktion wichtiger Zuliefererzeugnisse wie Hydraulik, Guß- und Plastprodukte, Gewebe, Wälzlager und Normteile sowie von Rationalisierungsmitteln. Insbesondere sollten mehr Autodrehkrane, Gabelstapler und andere Flurförderfahrzeuge produziert und bereitgestellt werden.

– Die für 1990 geplanten Neubeginne von Investitionen sollten geprüft werden. Unzureichend vorbereitete und nicht vollständige bilanzierbare Vorhaben sollten zurückgestellt werden, um mehr Mittel für Erhaltung, Modernisierung und Rationalisierung zu gewinnen.

– Die in der Hauptstadt Berlin tätigen Baukollektive der Bezirke sind in ihre Baukombinate und -betriebe zurückzuführen. Dabei sind die Fertigstellung und Übergabe der gegenwärtig im Bau befindlichen Objekte für die Ausgestaltung der Hauptstadt zu sichern. Die Bezirke und Kreise müssen in Zukunft über ihre eigenen Kapazitäten verfügen können.

Instandhaltung von Wohnungen hat Vorrang vor Modernisierung und diese vor Neubau. Jegliche Eingriffe in die von örtlichen Volksvertretungen bestätigten Baureparaturpläne müssen unterbleiben. Eine schrittweise Erneuerung von Städten, deren Bausubstanz beträchtlich verschlissen ist, erweist sich als unumgänglich.

– Ohne Verzug sind Maßnahmen zum Schutz des Binnenmarktes vor den übermäßigen Abkäufen ausländischer Touristen und Besucher zu treffen.

– Die Arbeit der Gesundheits- und Sozialeinrichtungen muß unter allen Umständen gewährleistet und ständig unterstützt werden. Das Gesundheitswesen ist besser mit Verbrauchsmaterialien, Arzneimitteln und medizinischen Geräten zu versorgen. Die Erhaltung der Substanz und die Modernisierung der Grundausstattung vieler vernachlässigter Gesundheitseinrichtungen ist zügig in Angriff zu nehmen. Kommunale Initiative kann das beschleunigen.

– Wir stimmen mit der Meinung vieler Werktätiger überein, daß Elemente der Subventionspolitik sozial ungerecht sind und zu Spekulationen führen. Es geht um ausgewogene und differenzierte Maßnahmen zur Veränderung der Subventionspolitik, wobei durch Ausgleichsmaßnahmen soziale Sicherheit gewährleistet werden muß.

– Radikal einzuschränken ist mit dem Plan 1990 die statistische Berichterstattung. Zahlenhascherei ist zu überwinden. Die ökonomischen und sozialen Prozesse sind in der Statistik real auszuweisen. Öffentlichkeit der Information ist geboten.

Wir treten für ein neues Rentengesetz ein.

Über die ökologische Situation unseres Landes ist rückhaltlos zu informieren. Neue Betriebe und Anlagen müssen ökologischen Kriterien entsprechen. Für besonders belastete Territorien sind Vorschläge zur Verminderung der Umweltbelastung vorzulegen. Alle Bemühungen der Bürger um eine gesunde Umwelt haben unsere Unterstützung. Dazu sollen die zuständigen Staatsorgane die Voraussetzungen schaffen.

Für die uneingeschränkte Entwicklung der LPG und VEG

Aus der Wirtschaftsreform ergeben sich für die Landwirtschaft zahlreiche spezifische Schlußfolgerungen, die mit dem Überwiegen des genossenschaftlichen Eigentums zusammenhängen. Grundprinzip ist die ökonomische Eigenständigkeit der LPG und der Kooperationen. Das verlangt, die staatlichen Planvorgaben auf die Haupterzeugnisse zu beschränken, die vertragliche Produktion auszubauen, ökonomische Normative verstärkt anzuwenden und die Investitionen langfristiger einzuordnen. Auf dieser Basis sollte die eigenständige Verfügung über die materiellen und finanziellen Fonds durch die Genossenschaftsbauern gewährleistet werden. Höhere Eigenständigkeit ist auch für alle volkseigenen Güter erforderlich. Ein wichtiges Anliegen ist es, die spezifischen ökonomischen Interessen der LPG, VEG, der Verarbeitungsbetriebe und der Handelseinrichtungen konsequent auf das gemeinsame Ziel der besseren Versorgung der Bevölkerung zu richten.

Eine grundsätzliche Verbesserung der materiell-technischen Bedingungen, vor allem in den Ställen, wird für notwendig gehalten. Auf Grund der angespannten Futtersituation sollten unverzüglich die materiellen Voraussetzungen für bilanzierende Pläne in der Tierproduktion geschaffen werden.

Für die Lebensqualität auf dem Lande haben eine gute Versorgung sowie eine gute Infrastruktur Vorrang.

Wir teilen die Auffassung der VdgB, daß ihre landesweite Interessenvertretung für die Klasse der Genossenschaftsbauern weiter ausgeprägt werden muß.

Für eine großzügige Förderung des Handwerks

Wir sind dafür, Hemmnisse zu beseitigen, die der Leistungsentwicklung von Handwerk und Gewerbe entgegenstehen. Entlohnung und Prämierung der hier Beschäftigten, einschließlich ihrer mitarbeitenden Familienangehörigen, Besteuerung des Gewinns und Preisbildung sollten neu geregelt werden. Erforderlich sind bessere materiell-technische Voraussetzungen. Leistungen für die Bevölkerung und für den Export verdienen besondere Stimulierung. Ein neues Handwerksrecht sollte geschaffen werden, das den Aufbau zusätzlicher Produktions- und Dienstleistungskapazitäten fördert und auch die Stellung der Handwerks- und Handelskammer neu ordnet.

Für Freiheit und Verantwortung in Kultur und Kunst

Zur Erneuerung der sozialistischen Gesellschaft brauchen wir eine große geistige Erneuerung. Notwendig sind ein neues Verständnis der Funktion von Kultur und Kunst und eine den Eigenheiten der Künste gemäße Kulturpolitik, die die Schöpferkraft aller Künstler herausfordert. Wir schätzen die Werte der Kultur auf allen Ebenen unserer Gesellschaft, von den kühnsten Experimenten der Künste bis zu der kulturvoll gestalteten Lebensumwelt der Bürger in den Städten und Gemeinden durch solides Architekturschaffen, durch Natur- und Denkmalpflege, durch gut gestaltete Produkte, durch Arbeits- und Alltagskultur in den Betrieben.

Wir treten ein für künstlerische Freiheit und für Eigenverantwortung der Kunst- und Kulturschaffenden, der künstlerischen und kulturellen Institutionen. Sie sind für die Umgestaltung unseres Lebens unentbehrlich. Das Austragen unterschiedlicher Meinungen und Haltungen zu künstlerischen Konzeptionen und Leistungen soll in breiter Öffentlichkeit erfolgen. Bevormundung und Gängelei, administrative Eingriffe und Zensur sind auszuschließen, die staatliche Genehmigungspflicht für das Erscheinen von Büchern und für die Aufführung von Theaterstücken sollte abgeschafft werden.

Dringend notwendig sind Erhalt und Ausbau der materiell-technischen Basis für die weitere Entwicklung der DDR als Lese-, Theater- und Musikland sowie für das geistige und kulturelle Leben in den Städten und Gemeinden. Wir gehen davon aus, daß alle interessierten Bürger daran mitwirken.

Für Förderung und Achtung der Wissenschaft

Der Wissenschaft gebührt ein erstrangiger Platz in der Gesellschaft. Eine Konzeption für die Entwicklung der Wissenschaften steht auf der Tagesordnung. Die Förderung der Grundlagenforschung ist mit höchster Priorität schwerpunktorientiert in den gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß einzuordnen. Die ökonomischen Beziehungen von Wissenschaft und Produktion sind zum gegenseitigen Vorteil neu zu regeln. Eine schrittweise Modernisierung der materiell-technischen Basis für die Wissenschaft und Hochschulbildung ist dringend erforderlich. Bürokratische Behinderung und Bevormundung der Forschung sowie des wissenschaftlichen Lebens, kurzsichtige Ökonomisierung der Wissenschaft, Geheimniskrämerei, Ignoranz gegenüber Forschungsergebnissen und Empfehlungen der Wissenschaftler, Einschränkung internationaler Kontakte, Tabus für bestimmte Forschungsthemen sind unverzüglich zu beseitigen.

Das Zentralkomitee fordert die Gesellschaftswissenschaftler zu kritisch-konstruktiver Mitwirkung an der Erneuerung auf. Die Ergebnisse, Analysen und Studien der Wissenschaftler sind gründlich auszuwerten, öffentlich zu diskutieren und für die Vorbereitung von Entscheidungen zu nutzen.

Wir regen an, einen Wissenschaftsausschuß der Volkskammer zu bilden. Es wird empfohlen, ein Institut für Meinungsforschung zu schaffen, über dessen Erkenntnisse die Öffentlichkeit informiert wird.

Für eine Reform des Bildungswesens

Erforderlich ist eine Reform des Bildungswesens von der Volksbildung über die Berufsbildung bis zur Fach- und Hochschulbildung. Im Zentrum steht die Heranbildung junger Menschen, die über Wissen und Können verfügen, die als aktive Staatsbürger engagiert, sachkundig und aufrichtig ihre Vorstellungen vom Leben und von der Arbeit im Sozialismus verwirklichen. Wir schlagen vor, das Bildungsgesetz neu zu fassen und zur Diskussion zu stellen.

Das Zentralkomitee spricht sich aus: Für eine Umgestaltung des Staatsbürgerkunde-, Geschichts- und Deutschunterrichts, des gesellschaftswissenschaftlichen Unterrichts in der Berufsausbildung und des marxistisch-leninistischen Grundlagenstudiums, für die schnellstmögliche Schaffung von Bedingungen zum Übergang zur 5-Tage-Unterrichtswoche im Bildungswesen, für eine solide Hochschulvorbereitung, einschließlich einer früher beginnenden Ausbildung an den erweiterten Oberschulen, für neue berufliche Möglichkeiten von Schülern, die die polytechnische Oberschule vorzeitig verlassen. Die schöpferische Arbeit der Lehrkräfte mit den gültigen Lehrplänen ist zu sichern.

Wir treten ein für die Abschaffung des Wehrunterrichts in der Schule, für die Veränderung der Wehrdienstvorbereitung der Lehrlinge, der Zivilverteidigungsausbildung und der militärischen Qualifizierung der Studenten. Die Zivilverteidigung sollte auf den Katastrophenschutz ausgerichtet werden.

Prüfungen und Zensierungen sind so zu verändern, daß sie die Leistung real widerspiegeln. Administrative Vorschriften und Gewohnheiten, die die Selbständigkeit und Verantwortung der Lehrkräfte einengen, sind zu beseitigen.

Das gleiche betrifft Gängelei und Bevormundung der Lernenden. Zwischen Lehrenden und Lernenden muß ein Vertrauensverhältnis bestehen.

Rechte und Pflichten der Studenten und ihrer Vertretung sind eindeutig zu regeln. Ebenso wie die Lehrenden sollen Schüler, Lehrlinge und Studenten ein maßgebliches Wort bei der Reform des Bildungswesens mitsprechen.

Für die erneuerte SED

Das Leben hat die entschiedene Erneuerung unserer Partei auf die Tagesordnung gesetzt. Selbstkritisch und schonungslos decken wir – beginnend beim Zentralkomitee – die Ursachen von Fehlentwicklungen und der tiefen Vertrauenskrise auf. Einheitlich handelnd, wollen wir die politische Offensive wiedererlangen.

Der Marxismus-Leninismus ist und bleibt die Weltanschauung unserer Partei. Durch nichts und niemand darf seine schöpferische Weiterentwicklung behindert werden. Wir beanspruchen kein Monopol auf die Wahrheit und fördern Meinungsvielfalt, Toleranz und ehrliches Ringen um die besten Lösungen. Die marxistisch-leninistische Theorie darf der aktuellen Politik nicht untergeordnet sein. Die theoretische und propagandistische Arbeit der Partei, insbesondere das Parteilehrjahr, die gesamte Aus- und Weiterbildung der Genossen sind umzugestalten.

Innerparteiliche Demokratie hat sich auf die Basis zu gründen. Durch die freie und kritisch-konstruktive Diskussion aller Parteiangelegenheiten sind die Rechte der Grundorganisationen und aller gewählten Leitungen im Leninschen Sinne auszugestalten und wahrzunehmen. Achtung der produktiven Rolle von Minderheiten einerseits und Verbindlichkeit mehrheitlich gefaßter Beschlüsse, einheitliches Handeln bei der Verwirklichung der Parteipolitik andererseits sind unverzichtbare Seiten des demokratischen Zentralismus.

Die Prozesse der Erneuerung der Partei zu fördern, ihre Unumkehrbarkeit zu garantieren, hat auch im Zentrum einer zu koordinierenden Kontroll- und Revisionstätigkeit der Partei zu stehen. Genossen, die bestraft wurden, weil sie sich gegen Fehler und Versäumnisse der Parteiführung gewandt hatten, sind zu rehabilitieren.

Im Leben der Partei, im neu zu fassenden Statut, in den Strukturen und der Kaderpolitik sind Garantien für die Unumkehrbarkeit der Erneuerung der Partei und einer umfassenden Demokratisierung zu schaffen. Dazu gehören:

– Ausarbeitung einer neuen Wahlordnung und Gewährleistung einer Wahlpraxis, die jeglichen Formalismus, Bürokratismus und Dirigismus ausschließt und die Demokratie von unten nach oben sichert. Zu gewährleisten sind: Begrenzung der Zeitdauer für die Ausübung von Wahlfunktionen auf maximal 10 Jahre (für den Generalsekretär, die 1. Sekretäre der Bezirks- und Kreisleitungen), Festlegung einer Altersgrenze für die Ausübung leitender Funktionen, Auswahl mehrerer Kandidaten für Leitungsfunktionen, Direktwahl in ausgewählte Funktionen, bedeutende Erhöhung der Anteile von Frauen in gewählten Organen der Partei.

– Priorität der Parteitage, Parteikonferenzen und gewählten Leitungen gegenüber ihren Organen und Apparaten. Politbüro und Sekretariat sind Organe des Zentralkomitees. Zur Erhöhung der Effektivität und Wirksamkeit der Parteiorgane und in Anwendung des Leistungsprinzips ist der hauptamtliche Parteiapparat, beginnend auf zentraler Ebene, neu zu strukturieren und zu verkleinern. Ein ungehinderter Informationsfluß von unten nach oben, eine neue Qualität aktueller Parteiinformationen für alle Genossen sind sofort durchzusetzen.

– Der Parteikonferenz wird ein Vorschlag unterbreitet, die Zeitschriften „Einheit“ und „Neuer Weg“ zu vereinen.

– Sicherung der kollektiven Willensbildung, der Kollektivität aller Leitungen der Partei, deren Rechenschaftslegung und Kontrolle, Nachvollziehbarkeit von Entscheidungsprozessen und hinreichende Öffentlichkeit des Parteilebens. Innerparteiliches Leben gehört nicht in die Arbeitszeit.

– Erarbeitung einer neuen Beitragsrichtlinie bis zum 15. 12. 1989 mit dem Ziel, die Beiträge differenziert zu senken und den technisch-organisatorischen Aufwand der monatlichen Beitragskassierung zu minimieren. Mit sofortiger Wirkung entfällt die Beitragspflicht für Einkommen, die jährlich gezahlt werden.

Erforderlich ist, Partei und Staat zu entflechten. Schluß zu machen ist mit administrativen Eingriffen in die Angelegenheiten von Staat und Wirtschaft. Wir setzen uns für ein produktives Wechselverhältnis zwischen Wissenschaft und Politik ein.

Es wird eine Statutenkommission des Zentralkomitees gebildet, die einen Entwurf für ein neues Parteistatut vorbereitet, der zur Diskussion gestellt und dem Parteitag vorgelegt wird.

Für eine selbstbewußte Jugend

Die neue Jugendpolitik der Partei muß dazu beitragen, daß junge selbstbewußte Staatsbürger heranwachsen, die sich aktiv für einen modernen Sozialismus in ihrem Heimatland einsetzen. Wir halten es für erforderlich, die Rechte aller Schichten der Jugend zur Mitwirkung und Interessenvertretung in Staat und Gesellschaft auszubauen, und unterstützen den Vorschlag der Freien Deutschen Jugend, in öffentlicher Diskussion und Beratung ein neues Jugendgesetz auszuarbeiten.

Die SED unterstützt die FDJ kameradschaftlich, ohne sich in deren Angelegenheiten einzumischen. Wir helfen unseren Mitgliedern und Kandidaten bei der Wahrnehmung ihrer besonderen Verantwortung für die politische Arbeit unter der Jugend, besonders in den Reihen der FDJ.

Für die freie Entwicklung der Frauen

Der Persönlichkeitsentwicklung der Frau gilt künftig weit mehr Aufmerksamkeit. Es geht um die Berücksichtigung der spezifischen Stellung der Frauen, um die Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Elternschaft sowie einen größeren Frauenanteil in Führungsfunktionen. Die Genossinnen im DFD sollten sich in diesem Sinne für eine grundlegende Erneuerung der Frauenorganisation einsetzen. Wir schlagen vor, bei der Regierung ein Referat für Frauenfragen, einen Ausschuß für Frauenfragen in der Volkskammer sowie Ständige Kommissionen für Frauenfragen bei den Bezirks- und Kreistagen zu bilden.

Für freie und unabhängige Gewerkschaften

Die Partei achtet, daß der einheitliche Freie Deutsche Gewerkschaftsbund selbständig die individuellen und kollektiven Interessen der Werktätigen für die Erneuerung des Sozialismus konsequent vertritt und fördert. Als Instrument der demokratischen Gegenkontrolle im besten Leninschen Sinne sind freie und unabhängige Gewerkschaften eine umfassende Massenbasis der sozialistischen Demokratie. Die Genossen in den Industriegewerkschaften und Gewerkschaften sollten sich aktiv für die Verwirklichung der ökonomischen, sozialen, politischen Interessen und gute Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen einsetzen.

Für eine Konzeption des modernen Sozialismus

Das Zentralkomitee hält es für erforderlich, eine strategische Konzeption für die grundlegende Erneuerung des Sozialismus in den 90er Jahren auszuarbeiten und zur Diskussion zu stellen. Es wird eine Arbeitsgruppe des Zentralkomitees gebildet, die den Entwurf dieser Konzeption Anfang 1990 dem Zentralkomitee vorlegt. Sie erhält den Auftrag, die Vorschläge von Parteiorganisationen, befreundeten Parteien, Organisationen, Verbänden und Bürgerinitiativen, von Wissenschaftlern, wissenschaftlichen Instituten und Gremien auszuwerten und kompetente Persönlichkeiten direkt in ihre Arbeit einzubeziehen. Die öffentliche Diskussion ist als eine breite, demokratische Aussprache zu führen, in der auch Einwände und alternative Vorschläge gefragt sind. Die Konzeption und die Ergebnisse der Diskussion werden dem neuen Programm der SED zugrunde gelegt.

Das Zentralkomitee wendet sich mit diesem Aktionsprogramm an alle Genossinnen und Genossen.

Wir glauben, daß sich unser Kampfbund auf dieser Grundlage verständigen und zusammenschließen kann, um an die Arbeit zu gehen.

Die Arbeiterklasse, die Genossenschaftsbauern, die Angehörigen der Intelligenz, das ganze Volk bitten wir, unsere Vorschläge zu prüfen und mit uns den Weg der Wende zu gehen.

Es liegt in jedermanns Interesse, daß die sozialistische Erneuerung gelingt.

Jeder kann wieder an revolutionären Umgestaltungen in unserem Lande mitwirken.

Jeder wird gebraucht, jeder entscheidet mit über sein Schicksal, das seiner Familie und unseres Landes.